

Absender:
.....
_____

An das:
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Mohrenstraße 62
10117 Berlin

Datum: . . 2006

ausführliche Information zu Bundesobligationen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Zeitschriften lese ich die Werbeanzeige zu Bundesobligationen. Unser Staat finanziert damit seine Defizite. Die öffentliche Hand erhöht die Schulden zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben. Der Neuverschuldung der Kommunen und staatlichen Institutionen kommt im allgemeinen den Bürgern zugute, wird in pro Kopf-Neuverschuldung berechnet und beträgt ca. 787,40 € jährlich je Einwohner in 2004. (65,0 Mrd. € Saldo in 2004 bei 82.551.000 Einwohner in 2004 gemäß dem Buch „Der Fischer Weltatlas 2006“.) Die Neuverschuldung erfolgt zusätzlich zu Steuern, Abgaben und Sozialbeiträgen.

Die verschiedensten Schulden belasten die Bürger. Private Schulden belasten einzelne, Betriebe nehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen Kredite auf. Jeder einzelne Bürger verfügt nun über seine privaten Schulden und eine öffentliche pro Kopf-Verschuldung. Arbeitnehmer, Selbständige oder Unternehmer haben zusätzlich die Abzahlung für die Betriebsschulden oder eine Rendite für Aktionäre und GmbH-Anteile zu erwirtschaften. Öffentlich Bedienstete sind nur von privaten und öffentlichen Schulden belastet. Müsste die öffentliche Verschuldung nicht im Einklang mit den Betriebsschulden dem Staat zugerechnet werden und korrekter Weise in Schuldenstand pro Bediensteten dargestellt werden? Zusätzlich zu den 4.684.000 Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sind 2.811.000 Sozialhilfeempfänger (Hartz IV, SGB II) von der Staatskasse abhängig.

Somit beträgt die Neuverschuldung 9.206,- € jährlich oder 767,18 € monatlich pro Staatsabhängigem (69 Mrd. € / 7,495 Mio. = 4,684 Beschäftigte + 2,811 SGB II). Dies ist im allgemeinen mehr als die Aufwendungen für Hartz IV / SGB II, welches bei 345 € Grundversorgung + ca. 110 € Krankenkassenbeitrag + 48 € Rentenbeitrag (nach neuem Koalitionsvertrag) + 150 € Wohnungskosten = 653 € liegt.

Können Sie sich bitte dafür einsetzen, daß Harz IV auf mindestens 767,18 € monatlich erhöht wird rückwirkend zum 01.01.2005? Noch besser wäre es, Langzeitarbeitslose könnten direkt bei der Finanzagentur GmbH der Bundesrepublik Deutschland, Lurgiallee 5, 60295 Frankfurt/M die 767,18 € monatlich einfordern.

Mit freundlichen Grüßen

.....
Unterschrift

Anlage (Kopien):

- Zeitschriftenanzeige für Bundesobligationen



Bundesrepublik Deutschland
Finanzagentur GmbH



**Bundesobligationen bieten Ihnen alles,
außer bösen Überraschungen.**

Was immer Sie von einer Geldanlage erwarten, Bundesobligationen werden Sie nicht enttäuschen. Denn sie bieten Privatanlegern eine einmalige Kombination von Vorteilen: feste Zinsen, zu 100 % garantierte Rückzahlung des Kapitals am Laufzeitende und obendrein die Möglichkeit, Ihre Papiere jederzeit an der Börse wieder zu veräußern. Interessiert? Mehr dazu unter 0 69 / 95 11 42 69 oder per Coupon.

Bundesobligationen: Börsennotierte Wertpapiere mit 5 Jahren Laufzeit, festgelegten Zinsen und garantiertem Rückzahlungswert am Laufzeitende. Erwerb und Verkauf jederzeit zum amtlichen Börsenkurs möglich. Besonders attraktiv: **Direkterwerb von zuletzt an der Börse eingeführten Bundesobligationen und Verwaltung sind bei der Bundeswertpapierverwaltung gebührenfrei.**

Mehr Geld fürs Geld. Bundesobligationen.

Bitte schicken Sie mir kostenlos ausführliche Informationen. Informationsort für Bundeswertpapiere, Längstraße 5, 60295 Frankfurt/M., Fax: 069/95 11 41 60, Mail: buwpf@deutsche-finanzagentur.de

Name

Straße

PLZ, Ort

Weitere Informationen zu Bundesobligationen: Faxabruf Kurse & Renditen 069/2 57 0200 12. Oder bei der Bundeswertpapierverwaltung: Service-Center 061 72/1082 22 oder 030/690342 22, Service-Computer 061 72/1089 30 oder 030/690349 30.

www.bundestag.de